

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

RECHTSUNSICHERHEIT AM KASPISCHEN MEER

ANALYSE

Rechtsunsicherheit zulasten von Wirtschaft und Natur

Die Regulierung der Nutzung von Energieressourcen des Kaspischen Meeres und ihre grenzüberschreitende Umweltverträglichkeit

2

Von Daria Boklan, Moskau und Barbara Janusz-Pawletta, Almaty

STATISTIK

Daten zu Öl- und Gasvorkommen und ihrer Förderung in den Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres

6

Daten zur Umweltsituation im Kaspischen Meer

10

CHRONIK

Vom 26. Januar bis 22. Februar 2013

12



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Die Zentralasien-Analysen
werden unterstützt von:

VDW

Verband der Deutschen
Wirtschaft in der
Republik Kasachstan

&

giz

Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Rechtsunsicherheit zulasten von Wirtschaft und Natur

Die Regulierung der Nutzung von Energieressourcen des Kaspischen Meeres und ihre grenzüberschreitende Umweltverträglichkeit

Von Daria Boklan, Moskau und Barbara Janusz-Pawletta, Almaty

Zusammenfassung

Der Energiereichtum am und im Kaspischen Meer bildet eine wichtige Grundlage für das wirtschaftliche Wohlergehen seiner fünf Anliegerstaaten. Die Entwicklung wird aber seit zwanzig Jahren behindert durch den unregelmäßigen Rechtsstatus des Gewässers, zum Schaden der Wirtschaft, aber auch der Umwelt. Bisher ist es nicht gelungen, umfassende multilaterale Verträge zu schließen, stattdessen sind aber bilaterale Abkommen und die erfolgreiche Regelung von Einzelfragen zu beobachten. Dies sind Hoffnungszeichen für eine Regelung der (grenzüberschreitenden) Umweltprobleme, eine wirkliche Lösung steht aber noch aus.

Das Kaspische Meer ist mit einer Fläche von 371.000 km² das größte Binnengewässer der Erde. Es hat keine natürlichen Verbindungen zu den Ozeanen, allerdings besteht über Kanäle eine schiffbare Verbindung zu internationalen Gewässern, die eine regionale Entwicklung auch schon vor dem Erdöl-Zeitalter ermöglichte. Seit dem Zerfall der Sowjetunion hat das Kaspische Meer nicht mehr nur zwei, sondern fünf Anrainerstaaten: neben Russland und Iran auch Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan. In das öffentliche Blickfeld rückte das Binnenmeer nach der Auflösung der Sowjetunion und der Entdeckung neuer Erdöl- und Erdgasfelder, seitdem hat die Region überregionale Bedeutung gewonnen. Allerdings drohen bestehende wie geplante großflächige Öl- und Gasbohrungen, auch wenn sie die Grundlage der regionalen Entwicklung sind, dem Ökosystem des Kaspischen Meeres und seiner nachhaltigen Entwicklung einen schweren Schlag zu versetzen. Der Kaspische Stör ist ein warnendes Beispiel für die Folgen der Belastung. Einst stellte er die Grundlage eines selbständigen Industriezweigs dar, heute ist er in der Existenz bedroht und wird auf der Roten Liste der bedrohten Arten geführt. Die starke Umweltbelastung durch einzelne Anrainerstaaten hat häufig ein grenzüberschreitendes Ausmaß, was den geopolitischen und -ökonomischen Spannungen einen weiteren Konfliktsfaktor hinzufügen kann.

Die große wirtschaftliche und politische Bedeutung der kaspischen Region verschärft die regionale wie internationale Notwendigkeit einer Klärung der Nutzungsrechte für die vorhandenen natürlichen Ressourcen. Die Unsicherheit über den Verlauf der Grenzen im Kaspischen Meer stellt dabei eine besondere Herausforderung dar. Zur Zeit besteht nicht nur Ungewissheit über den Umfang der souveränen Rechte der Anrainerstaaten auf die Ausbeutung natürlicher Ressourcen, sondern auch über ihre Pflichten, u. a. im Bereich des Umweltschutzes und hier bezüglich der Verschmutzung durch den

Ressourcenabbau. Letztlich verhindert die Unsicherheit auf Dauer die wirtschaftliche Entwicklung der Region, destabilisiert die politischen Verhältnisse und bedroht die Sicherheit des Raumes.

Die zwischenstaatliche Regelung der Rechtsbasis für die Exploration und Förderung der Ressourcen des Kaspischen Meeres beruht auf Verträgen aus der Sowjetzeit. Ihre Neufassung entwickelte sich in den vergangenen 20 Jahren nicht ohne Schwierigkeiten. Gewisse Fortschritte bei den Verhandlungen über ein neues Abkommen zum Rechtsstatus des Kaspischen Meeres sind zu vermelden, jedoch fehlt nach wie vor ein multilateraler Konsens der Anrainerstaaten. Stattdessen haben einige Staaten bilaterale Verträge über die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des nordkaspischen Meeresbodens geschlossen. Die Tatsache, dass diese bilateralen Abkommen Rechtsverhältnisse in einem Bereich regulieren, dessen allgemeiner Status nicht geklärt ist, erweckt juristische Zweifel und führt zu politischen Auseinandersetzungen. Der einzige Bereich, in dem alle kaspischen Anrainerstaaten einen gewissen Konsens erzielt haben, ist die Regulierung des Umweltschutzregimes des Kaspischen Meeres in Form eines Rahmenabkommens (2003). Ziel des Abkommens ist es, schädliche Einflüsse auf das fragile Ökosystem des Kaspischen Meeres, die zum größten Teil Folge der Gas- und Ölförderung sind, zu lindern. Zugleich setzt der Vertrag ein positives Zeichen auf dem Wege der neuartigen konsensgestützten Regulierung zwischenstaatlicher Verhältnisse, auch im Bereich der Ressourcennutzung.

Rohstoffförderung versus Umweltinteressen

Die Erträge aus ihren Öl- und Gasressourcen machen den wesentlichen Teil des Bruttoinlandsprodukts der neu entstandenen kaspischen Staaten aus. Sie bilden damit eine unverzichtbare Grundlage für ihre eigenständige politische Existenz sowie für ihre weitere wirtschaftliche Entwicklung. Die Erschließung weiterer Erdöl-

und Erdgasvorkommen im kaspischen Raum bildet die Grundlage für weltweite wirtschaftliche Kooperationen, mit Europa, den USA, aber auch mit Ländern des Fernen Ostens, vor allem mit China und Japan. Dies erfordert jedoch den Ausbau der bestehenden Infrastruktur. Vor allem hat die politisch-ökonomische Auseinandersetzung zu der Idee geführt, alternativ zu gegenwärtig über Russland verlaufende Pipelines neue Transitrouten für den Transport der kaspischen Energieressourcen zu bauen. Besonders umstritten sind die Pläne für den Aufbau einer transkaspischen Pipeline, die turkmenisches bzw. kasachstanisches Gas direkt nach Aserbaidschan und weiter nach Europa bringen soll (Stichwort: Nabucco). Solange diese Idee wegen des Widerstands von Seiten Russlands und Irans rechtlich nicht realisierbar ist, bleibt die von den USA politisch unterstützte Rohrleitung von Baku über Georgien bis in die türkische Küstenstadt Ceyhan, die 2005 fertiggestellt wurde, der einzige und überdies regional umstrittene Versuch, eine »energiepolitische Brücke« zwischen Europa und dem Kaspischen Meer zu errichten.

Die Nutzung der kaspischen Rohstoffe, insbesondere die Förderung von Öl und sein Transport in Tankern, verursacht schon jetzt durch das Auslaufen von hunderten Tausenden Tonnen gesundheitsgefährdender Schadstoffe erhebliche Belastungen der Umwelt. Neue Förderfelder und zusätzliche Infrastruktur, wie z. B. eine transkaspische Pipeline, werden das kaspische Ökosystem weiteren erheblichen Gefahren aussetzen. Nicht zuletzt zählt das gesamte Gebiet zu den tektonisch unruhigen Zonen der Welt. Abgesehen von der Förderung von Erdöl und Erdgas verschärfen im betreffenden Gebiet auch andere Wirtschaftsbranchen, wie z. B. die Fischerei, den anthropogenen Einfluss auf das Ökosystem. Die Degradation der Umwelt kann durchaus zu einer sozialen Gefahr werden. In den Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres leben ca. 10 Mio. Menschen in direkter und vielfältiger Abhängigkeit von seinem fragilen Ökosystem. Schon heute führen Umweltschäden zu schrumpfenden Fischbeständen, was zur sozialen Belastung wird, weil es die Berufs- und Einkommensmöglichkeiten der Anwohner beschränkt. Die Folgen sind bereits auf lokalem Niveau und auch im grenzüberschreitenden Kontext spürbar.

Das Fehlen eindeutiger zwischenstaatlicher Regelungen hat weitgehende Schäden an dem fragilen Ökosystem des Kaspischen Meeres zur Folge. Der Naturschutz muss daher zu einem Teil der regionalen Sicherheit werden, die ihre Nachhaltigkeit an der fragilen Schnittstelle der Bereiche Wirtschaft, Umwelt und Soziales garantiert. Die Anrainerstaaten tragen die juristische Verantwortung für Schäden, die sie bei der Nutzung der kaspischen Ressourcen gegenüber der Umwelt bzw. gegenüber ihren Nachbarstaaten verursachen. Die Erschließung

des Kaspischen Meeres und der Schutz der Umwelt auf dem Gebiet eines Staates vor den negativen Folgen der wirtschaftlichen Tätigkeit in einem anderen Anrainerstaat hängt von der Effektivität der – auch rechtlichen – Zusammenarbeit der kaspischen Staaten ab.

See – Meer – Wasserbecken

Die zur Zeit der Auflösung der Sowjetunion und bis heute geltenden sowjetisch-iranischen Abkommen (1921 und 1940) bieten weder eine umfassende Regelung der rechtlichen Nutzung der lebenden und nicht-lebenden natürlichen Ressourcen des Kaspischen Meeres noch des Schutzes seiner Umwelt. Sie erlauben die freie Nutzung der Fischvorkommen im gesamten Kaspischen Meer, bis auf eine Zehn-Meilenzone entlang der Küste, wo der Fischfang ausschließlich dem jeweiligen Anrainerstaat überlassen wird. Sie definieren jedoch nicht die Rechte auf die Nutzung mineralischer Ressourcen im Kaspischen Meer. Um die aktuellen rechtlichen Ansprüche der Anrainerstaaten auf die Nutzung dieser Ressourcen zu klären, muss daher weitgehend Bezug auf das regionale Gewohnheitsrecht (die Staatspraxis) genommen werden. Die Unbeständigkeit in der Interpretation vorhandener Abkommen sowie des Gewohnheitsrechts setzt sich in den gegenseitigen rechtlichen Ansprüchen der Küstenstaaten über die Nutzung des Kaspischen Meeres fort. Die mangelnde Rechtssicherheit behindert weiterhin auch den Ausbau der transkaspischen Infrastruktur, z. B. einer transkaspischen Pipeline.

Die alte, häufig gestellte Frage war, ob das Kaspische Meer im rechtlichen Sinne ein Meer oder ein See, also ein Binnengewässer, ist, was die Anwendung unterschiedlicher internationaler Rechtslösungen zur Folge gehabt hätte. Die Lösung dieser offensichtlich unlösbaren Aufgabe hat sich jedoch durch die gegenwärtige rechtliche Praxis der Anrainerstaaten erübrigt, vor allem durch die Übernahme von seevölkerrechtlichen Prinzipien in das seit den 1990er Jahren unter Verhandlung stehende »Abkommen zum rechtlichen Status des Kaspischen Meeres«. Dieses Dokument ist als der einzige »rechtliche Wegweiser« zu sehen, der Juristen als Lakmus-Test der gegenwärtigen Entwicklungen im Rechtsstatus des Kaspischen Meeres dient. Im Entwurf des Abkommens wird das Kaspische Meer als »Wasserbecken« bezeichnet und einzelne Aspekte seiner Nutzung (Ressourcenabbau, Fischerei und sonstige wirtschaftliche und andere Arten der Nutzung des Meeres, seines Bodens und des Untergrundes) bestimmt. Im Entwurf des Abkommens einigten sich alle kaspischen Staaten darauf, dass der Meeresboden und die darunter liegenden Ressourcen mit dem Ziel der Nutzung ihrer souveränen Rechte auf die Ressourcenentwicklung unter den Anliegern aufgeteilt werden sollten. Allerdings bleibt

die Frage nach der Methode der Aufteilung des Kaspischen Meeres, die in der Praxis die gesetzeskonforme Nutzung aller kaspischen Ressourcen hindert, offen. Auch der Umfang der Fischereirechte bleibt ungeklärt, da er von der Aufteilung des Kaspischen Meeres in einzelne Rechtszonen abhängig ist. Idealerweise sollte die Entscheidung, wer welche Ressourcen im Kaspischen Meer nutzen darf in einem multilateralen Abkommen aller fünf Anrainerstaaten geregelt und umgesetzt werden. Auf diesen Punkt konnten sich auch alle Staaten grundsätzlich einigen. Derzeit scheinen allerdings separate multilaterale Abkommen über ausgewählte Aspekte des rechtlichen Regimes für das Kaspische Meer, wie z. B. den Schutz der Umwelt, viel realistischer als der Abschluss eines multilateralen Abkommens, das alle Rechtsfragen des Kaspischen Meeres klärt.

Ein weiteres Argument gegen die alte Debatte »See oder Meer« ist der Abschluss von bilateralen sowie multilateralen Abkommen zu einzelnen Aspekten der Nutzung des Kaspischen Meeres und des Schutzes seiner Umwelt. Die mangelnde Regelung der Nutzungsrechte mineralischer Ressourcen im Kaspischen Meer führte (in den Jahren 1998–2003) zum Abschluss einiger Verträge zwischen Russland, Aserbaidschan und Kasachstan über Erkundung, Abbau und Ressourcenmanagement im nördlichen Teil des Kaspischen Meeres, was wiederum politische Spannungen in der Region verursachte. Gemäß den Prinzipien des internationalen Rechts bleiben diese Abkommen auf ihre Parteien beschränkt und haben keine Gültigkeit in Turkmenistan und Iran und werden dort auch abgelehnt. Die in diesen Abkommen für die Abgrenzung des Meeresbodens im Norden des Kaspischen Meeres benutzte sog. modifizierte Mittellinie (deren jeder Punkt gleich weit von der kaspischen Küste entfernt liegt) stellt keine Staatsgrenze dar, die die Souveränitätsansprüche für die rechtmäßige Nutzung der Ressourcen der drei vertragszeichnenden kaspischen Anrainer klären würde.

Erste Schritte zum Schutz der Umwelt

Die bislang einzige von allen kaspischen Staaten anerkannte nachsowjetische Rechtsbasis für die Kooperation der Anrainerstaaten im Bereich des Schutzes der Umwelt ist das Rahmenabkommen zum Schutze der Meeresumwelt des Kaspischen Meeres. Das im Jahr 2003 unterzeichnete Dokument kann als eines der Abkommen der auf der Stockholmer Konferenz 1972 gegründeten UNEP Regional Seas Programme gesehen werden. Es stützt sein Ziel der Verhütung, Verringerung und Kontrolle der Verschmutzung des Kaspischen Meeres sowie des Schutzes der Bewahrung und des Aufbaus der marinen Umwelt auf rechtlich international anerkannte Umweltprinzipien. Sein Geltungsbereich umfasst die

marine Umwelt des Kaspischen Meeres, mit Schwankungen des Wasserspiegels und Verschmutzung vom Land aus.

Die Tatsache, dass es sich bei der Konvention um eine Rahmenvereinbarung handelt, ist als unvermeidbarer, jedoch wesentlicher Nachteil zu bewerten, den zwischenstaatliche Umweltabkommen weltweit haben. Er hängt mit der umstrittenen Bedeutung der oft im Widerspruch zu Wirtschaftsinteressen stehenden Umweltpolitik zusammen. Die Rahmenkonvention enthält in vielen Punkten keine unmittelbar wirksamen materiellrechtlichen Regeln, sondern legt lediglich fest, welche Akteure für den Erlass der notwendigen Schutznormen und für ihre Implementierung verantwortlich sind. So scheinen nicht einmal die Vorschriften der Rahmenkonventionen bezüglich der Erfüllungskontrolle aussagekräftig genug formuliert. Die Bestimmungen der Rahmenkonvention bedürfen somit meist der Ausfüllung und Durchsetzung durch nachfolgende Zusatzprotokolle, von denen ursprünglich fünf als prioritär definiert wurden. Von den Anliegerstaaten unterzeichnet wurden bislang jedoch nur das Protokoll über die regionale Bereitschaft, Reaktion und Kooperation im Kampf gegen Ölverschmutzungsunfälle (Protocol Concerning Regional Preparedness, Response and Cooperation in Combating Oil Pollution Incidents) im Jahre 2005 und ein weiteres gleichen Namens im Jahre 2011. Die übrigen Protokolle über vom Festland ausgehende Umweltbelastungen, Bewertung von Umwelteinflüssen im grenzüberschreitenden Kontext und den Schutz der Biodiversität im kaspischen Raum wurden bisher nicht ratifiziert.

Trotz all dieser Kritikpunkte ist die gelungene Umweltinitiative und erfolgreiche Verständigung der seit Jahren über das rechtliche Regime des Kaspischen Meeres verhandelnden Anrainerstaaten hervorzuheben. Besondere Beachtung verdient, dass die Rahmenkonvention in ihren Zielen, Prinzipien oder angewandten Maßnahmen alle grundlegenden umweltvölkerrechtlichen Standards übernimmt. Die Anerkennung der Notwendigkeit des Schutzes der kaspischen Umwelt wird zur Ausbreitung eines Umweltbewusstseins in den Bevölkerungen der Anrainerstaaten beitragen und eine pro-ökologische Politik der Regierungen herausfordern.

Grenzüberschreitende Schäden

Das Kaspische Meer ist eine geteilte Ressource unter der Jurisdiktion von fünf Staaten. Seine Nutzung auf dem Gebiet eines Anrainers kann Individuen, dem Eigentum, aber auch der Umwelt auf dem Gebiet eines anderen kaspischen Anrainers Schaden zufügen. Diese Umweltschäden können durch jegliche Art von Wirtschaftstätigkeit hervorgerufen werden, die wiederum die mensch-

liche Gesundheit, Lebensbedingungen und jeden Teil der Umwelt beeinträchtigen können. Die Mehrheit der völkerrechtlichen Abkommen legt die Verantwortung für illegale Aktivitäten fest, während der Löwenanteil der grenzüberschreitenden Umweltschädigung durch Aktivitäten verursacht wird, die nicht illegal sind und daher nicht vom internationalen Recht erfasst werden.

Als Rechtfertigung für den Anspruch auf Ausgleich für die verursachten grenzüberschreitenden Umweltschäden wird in internationalen Abkommen Verschmutzung (pollution) oder negativer Einfluss (adverse effect) gesehen. Der Ausgleich kann die Form einer öffentlichen Entschuldigung, einer Anerkennungserklärung an einen internationalen Gerichtshof oder einer Bestrafung des Verursachers annehmen. Für die Festlegung der Einhaltung oder Verletzung des Ausmaßes der zulässigen Verschmutzung bzw. der negativen Beeinflussung der Umwelt wurden jedoch keine einheitlichen internationalen Normen entworfen. Die Vereinheitlichung der Umweltstandards wird oft im Rahmen von verschiedenen regionalen Organisationen festgelegt und durchgeführt. Das rechtlich bindende Prinzip des Schutzes vor grenzüberschreitender Schädigung der Umwelt ist vor allem die Verpflichtung vorzubeugen, jedoch nicht Schäden zu beseitigen oder zu kompensieren. Vorbeugung sollte die wünschenswerteste Maßnahme werden, weil im Falle einer Schädigung weder Kompensation noch Beseitigung die Ausgangsbedingungen wiederherstellen können. Im Falle eines Verstoßes gegen die Verpflichtung zur Schadensvorbeugung tritt die Haftung in Kraft.

Die grenzüberschreitende Schädigung der Umwelt eines Staates sollte als Verletzung seiner Souveränität betrachtet werden. Die Souveränität eines Staates in Bezug auf die Nutzung seiner natürlichen Ressourcen ist durch die Pflicht des Gebietsschutzes anderer Staaten und internationaler Territorien vor grenzüberschreitender Schädigung begrenzt. Als erstes Beispiel der Herausbildung dieses Prinzips in das Völkergewohnheitsrecht gilt der Schiedsspruch im Trail Smelter-Fall des Internationalen Gerichtshofes von 1941. Daraus ist das Prinzip der beschränkten territorialen Souveränität abzuleiten: Kein Staat darf sein Territorium heute oder in der Zukunft dafür nutzen, um Territorien anderer Staaten, ihrem Vermögen oder ihren Bewohnern durch anhaltende schwere Umweltbeeinträchtigungen zu schaden.

In der Erklärung der Staatsführungen vom Gipfel des Jahres 2009 bestätigten alle kaspischen Anrainerstaaten ihren politischen Willen, die Verantwortung für Schäden der kaspischen Umwelt, die sie sich als Folge der Nutzung des Kaspischen Meeres und der Entwicklung

seiner Ressourcen gegenseitig zuzufügen, zu tragen. Die Vorbeugung der grenzüberschreitenden Schädigung im Kaspischen Meer erfordert jedoch ein rechtlich bindendes Rahmenwerk. Dies sollte in einem zusätzlichen Protokoll der Rahmenkonvention über die Einführung von gegenseitigen Mechanismen der Bewertung aller Aktivitäten, die von den Anrainern geplant sind in Bezug ihres möglichen signifikanten Umwelteinflusses im grenzüberschreitenden Kontext, behandelt werden.

Fazit

Mehr als zwanzig Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion und der Entstehung neuer unabhängiger Staaten am Kaspischen Meer steht eine umfassende Lösung des Problems des völkerrechtlichen Status des Kaspischen Meeres noch immer aus. Der bisher geringe Erfolg der von den Anrainerstaaten geführten fortgesetzten Verhandlungen und daraus entstehende rechtliche, wirtschaftliche und politische Nachteile, lassen sich grundsätzlich mit gravierenden Unterschieden der wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen der fünf Anrainerstaaten erklären.

Die nicht zu überschätzende Bedeutung der Nutzung der Rohstoffe des Kaspischen Meeres verlangt die Schaffung eines stabilen und klaren Rechtsrahmens sowie eine umweltbewusste zwischenstaatliche Politik. Als positives Beispiel für eine solche Entwicklung wären einerseits die aufgrund des Fehlens von multilateralen Verträgen abgeschlossenen bilateralen Abkommen zur Nutzung des Meeresbodens zu nennen, andererseits die Annahme der allgemeingültigen Rahmenkonvention zum Umweltschutz am Kaspischen Meer, die allerdings zu ihrer Effektivität – auch für den Fall der Vorbeugung von grenzüberschreitenden Umweltschäden – erst den Abschluss einer Reihe von Zusatzprotokollen benötigt. Die Vertiefung und Ausdehnung der bilateralen Beziehungen zwischen den kaspischen Anrainerstaaten verzögert zwar den multilateralen Verhandlungsprozess zur Festlegung der Rechtsbasis für das gesamte Kaspische Meer, wird ihn aber nicht verhindern.

Das Kaspische Meer wird auf die rechtliche Regulierung seiner Probleme vermutlich noch lange warten müssen. Auf jeden Fall so lange, bis die Vertreter seiner Anliegerstaaten begreifen, dass rechtliche Klarheit und Stabilität die Schlüssel zur einer allseitigen Entwicklung der Region sind. Hoffentlich geschieht das, bevor die Umwelt unwiderrufflich zerstört ist.

Informationen über die Autorinnen und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorinnen:

Daria Boklan promovierte am Institut für Staat und Recht der Russischen Akademie der Wissenschaften. Derzeit arbeitet sie als Dozentin für Völkerrecht und WTO-Recht an der Russischen Akademie für Außenhandel (VAVT), Moskau. Diverse Veröffentlichungen zu Themen des Völkerrechts, Internationalen Wirtschaftsrechts und Internationalen Umweltrechts.

Barbara Janusz-Pawletta promovierte an der Freien Universität Berlin. Derzeit arbeitet sie als Dozentin im Bereich Internationales Recht mit Schwerpunkt Umweltpolitik und Wasserrecht an der Deutsch-Kasachischen Universität (DKU) in Almaty und ist dort als Langzeitdozentin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) für das Integrated Water Resources Management Master-Programm zuständig.

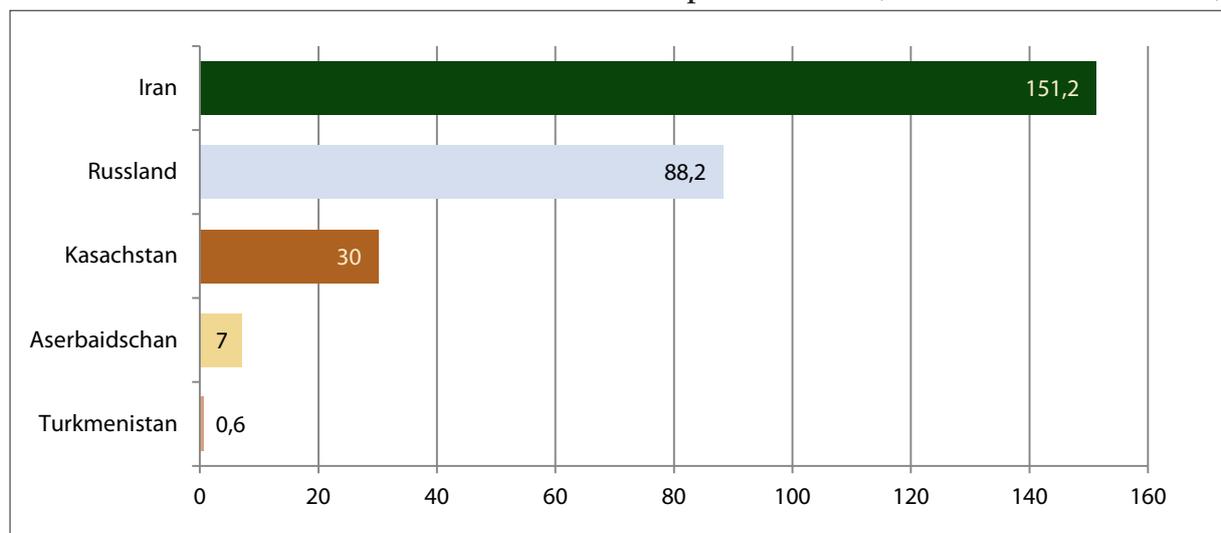
Lesetipps:

- Shahin Abbasov, Azerbaijan & Turkmenistan: Renewing Caspian Sea Energy Dispute, in: Eurasianet, 12.7.2012, = <http://www.eurasianet.org/node/65646>
- Turkmenistan, Fishing in Troubled Waters, IWPR.News Briefing Central Asia, 13.4.2011, = <http://iwpr.net/report-news/turkmenistan-fishing-troubled-waters>
- Said Huseynov, Fate of the Caspian Sea. Threatened by pollution and climate change, the future of Earth's largest inland body of water is in the hands of five bordering nations, in: Natural History, Dec. 2011/January 2012, = <http://www.naturalhistorymag.com/features/112161/fate-of-the-caspian-sea>
- Rustam F. Mamedov, International-legal status of the Caspian Sea in its historical development, in: Turkish Yearbook of International Relations 30(2000), p. 107–137, = <http://dergiler.ankara.edu.tr/dergiler/44/670/8530.pdf>

STATISTIK

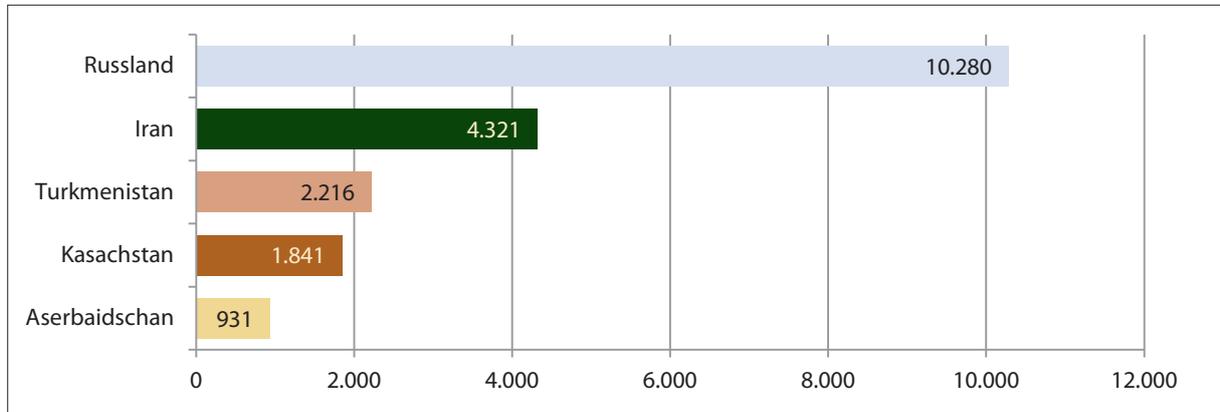
Daten zu Öl- und Gasvorkommen und ihrer Förderung in den Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres

Grafik 1: Erdölreserven der Anrainerstaaten des Kaspischen Meers (2011, in 1.000 Mio. Barrel)



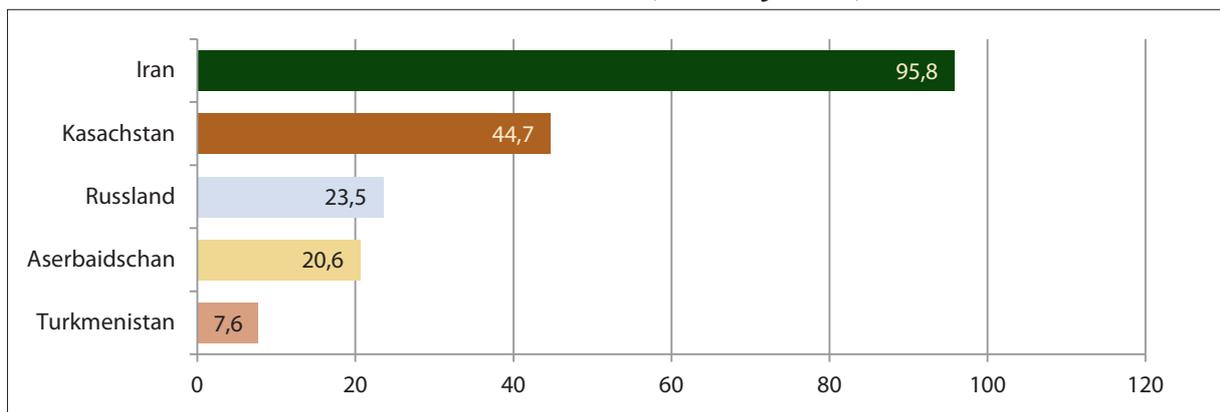
Quelle: <http://www.bp.com/sectionbodycopy.do?categoryId=7500&contentId=7068481>

Grafik 2: Erdölproduktion der Anrainerstaaten des Kaspischen Meers (2011, in 1.000 Barrel pro Tag)



Quelle: <http://www.bp.com/sectionbodycopy.do?categoryId=7500&contentId=7068481>

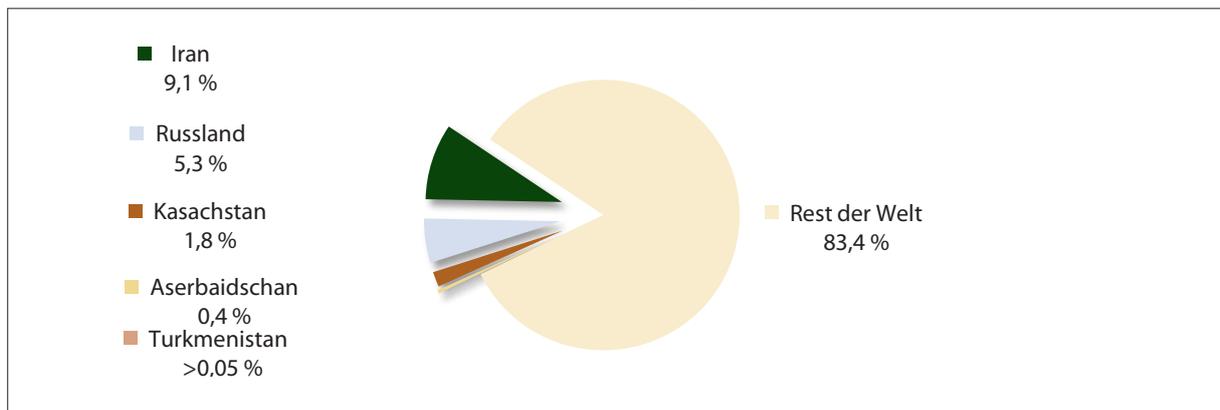
Grafik 3: Verhältnis von Reserven zu Produktion (2011, in Jahren*)



* Reserven, die am Jahresende übrig sind, werden durch die Produktion dieses Jahres geteilt, dadurch ergibt sich der Zeitraum, für den die Reserven ausreichen würden, wenn die Produktion in gleichem Tempo fortgesetzt würde.

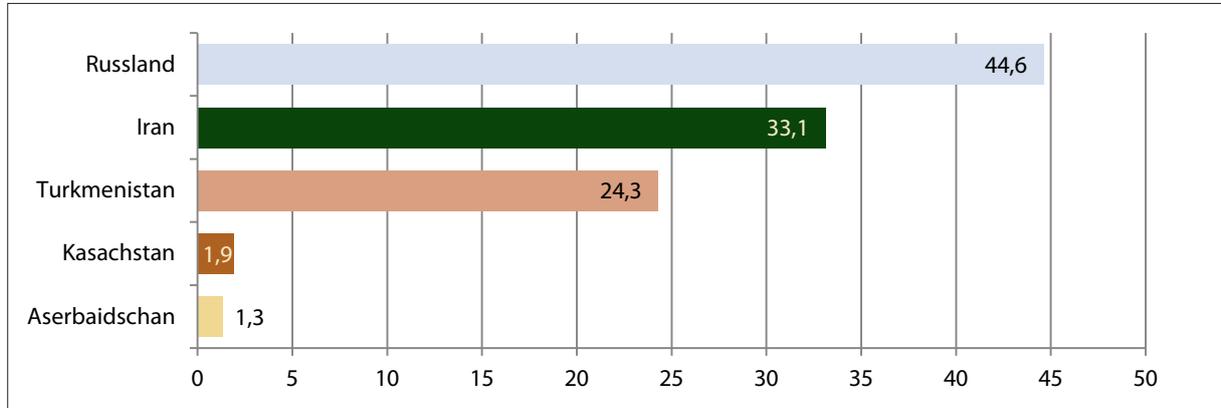
Quelle: <http://www.bp.com/sectionbodycopy.do?categoryId=7500&contentId=7068481>

Grafik 4: Anteil an den Erdölreserven weltweit (2011, in %)



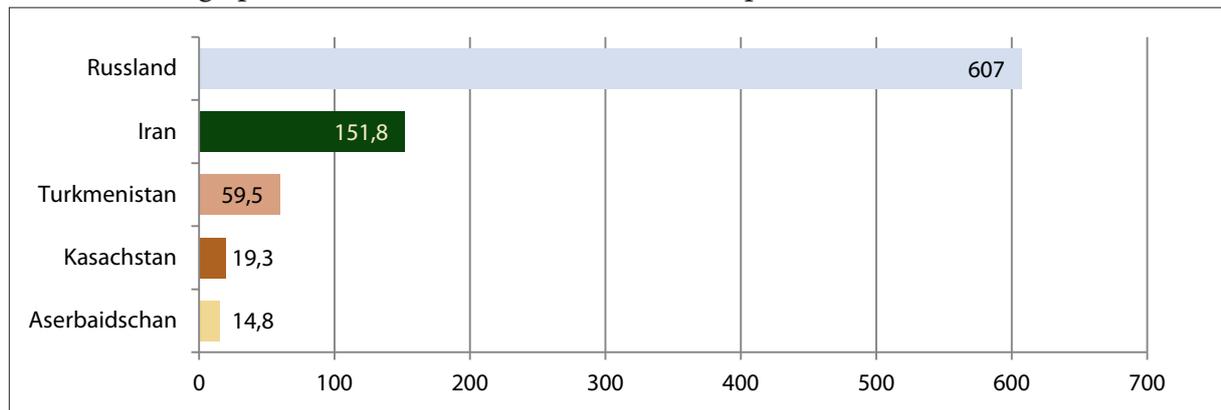
Quelle: <http://www.bp.com/sectionbodycopy.do?categoryId=7500&contentId=7068481>

Grafik 5: Erdgasreserven der Anrainerstaaten des Kaspischen Meers (2011, in Bio. m³)



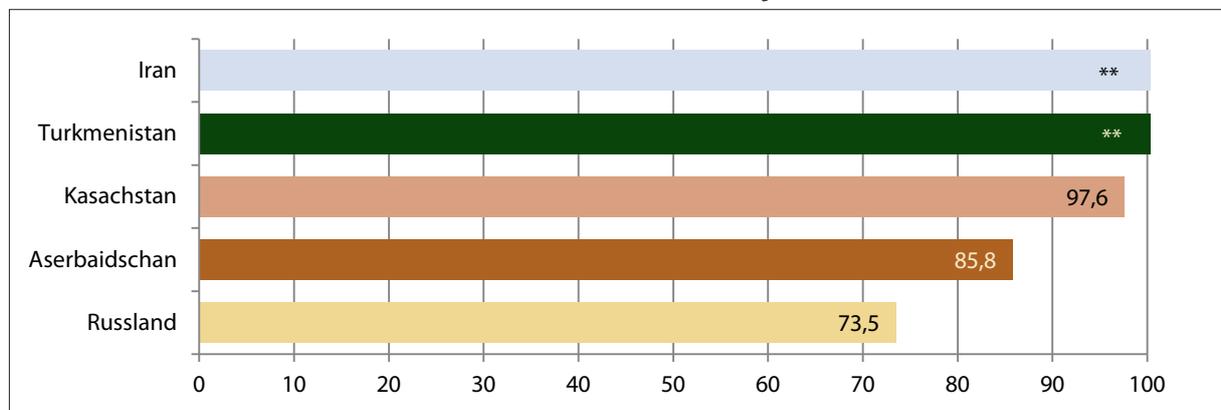
Quelle: <http://www.bp.com/sectionbodycopy.do?categoryId=7500&contentId=7068481>

Grafik 6: Erdgasproduktion der Anrainerstaaten des Kaspischen Meers (2011, in Mrd. m³)



Quelle: <http://www.bp.com/sectionbodycopy.do?categoryId=7500&contentId=7068481>

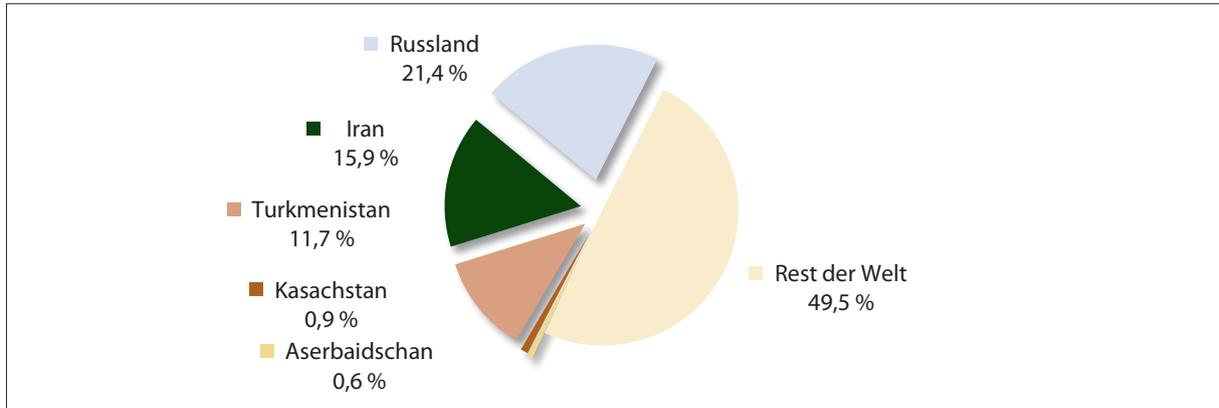
Grafik 7: Verhältnis von Reserven zu Produktion (2011, in Jahren*)



* Reserven, die am Jahresende übrig sind, werden durch die Produktion dieses Jahres geteilt, dadurch ergibt sich der Zeitraum, für den die Reserven ausreichen würden, wenn die Produktion in gleichem Tempo fortgesetzt würde; ** mehr als 100 Jahre.

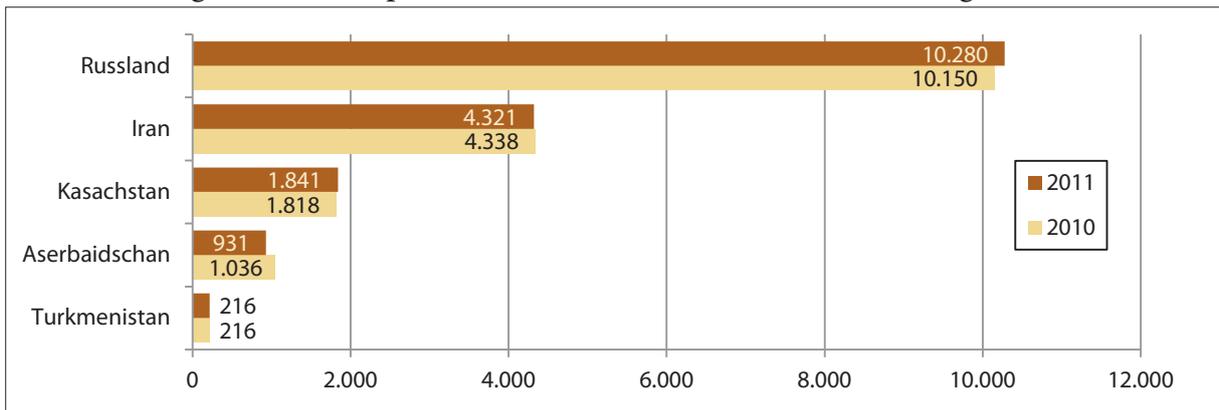
Quelle: <http://www.bp.com/sectionbodycopy.do?categoryId=7500&contentId=7068481>

Grafik 8: Anteil an den Erdgasreserven weltweit (2011, in %)

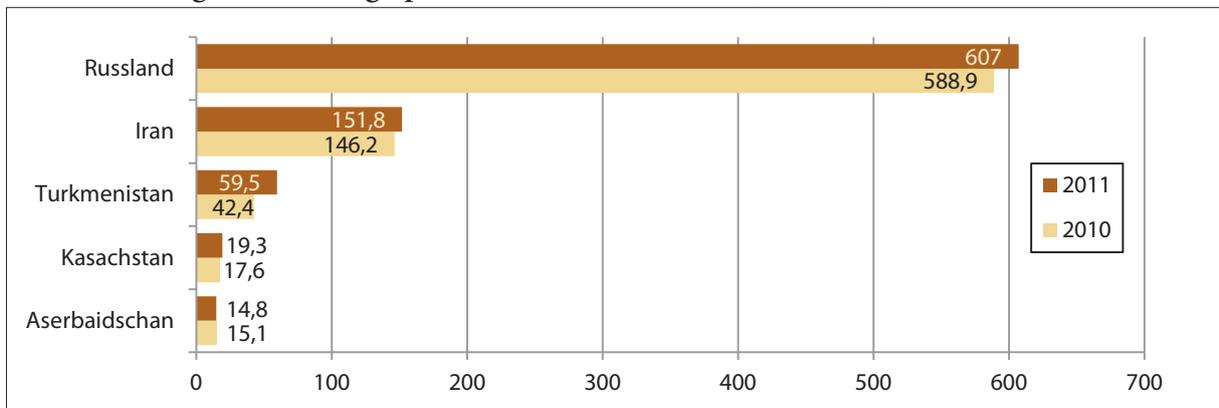


Quelle: <http://www.bp.com/sectionbodycopy.do?categoryId=7500&contentId=7068481>

Grafik 9: Vergleich der Erdölproduktion 2010 und 2011 (in 1.000 Barrel täglich)



Quelle: <http://www.bp.com/sectionbodycopy.do?categoryId=7500&contentId=7068481>

Grafik 10: Vergleich der Erdgasproduktion 2010 und 2011 (in Bio. m³)

Quelle: <http://www.bp.com/sectionbodycopy.do?categoryId=7500&contentId=7068481>

Tabelle 1: Die größten Öl- und Gasfelder im Raum des Kaspischen Meers

Name	Land	Reserven	Förderung	Betreiber (Beteiligte)
Kaschagan	KAZ	16–18 Mrd. Barrel	1,2 Mio. Barrel pro Tag	Eni, ExxonMobil, Total, Shell ConoccoPhilips, KazMunayGas
Tengiz	KAZ	9 Mrd. Barrel / 1,8 Billionen m ³	1 Mio. Barrel pro Tag (geplant 2012) / 15.6 Millionen m ³ pro Tag (2005)	Tengizchevroil (Chevron; KazMunayGas; Exxon Mobile, Kazakhstan Ventures Inc. und LUKArco)
Azeri-Chirag-Guneshli (ACG)	AZE	5–6 Mrd. Barrel	820.000 Barrel pro Tag	BP + SOCAR
Shah Deniz	AZE	1,25 Mrd. Barrel	5 Mrd. m ³ Erdgas pro Jahr	BP+SOCAR
Neft Daşlan	AZE		7 Mio. Barrel pro Tag (2008)	SOCAR
Dzheitune (Lam) und Dzhygalybeg (Zhdanov)	TKM	645 Mio. Barrel / 90 Mrd. m ³	40.000 Barrel pro Tag	Dragon Oil, TurkmenNeft (TN), TurkmenGas (TG)
South Yolotan-Osman Gasfeld	TKM	6 Billionen m ³	N/A	TurkmenGas (TG)
Yashlar-Gasfeld	TKM	1,5 Billionen m ³	N/A	TurkmenGas (TG)
Lagansky Block	RUS	640 Mio. Barrel	N/A	Gazprom, Lundin Petroleum
Juri Kortschagin; W. Filanowski; Chalynskoje	RUS	2 Mrd. Barrel / 481 Mrd. m ³	N/A	Lukoil, Gazprom, Rosneft

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Erd%C3%B6l-gewinnung_am_Kaspischen_Meer

Daten zur Umweltsituation im Kaspischen Meer

Tabelle 1: Biodiversität im Kaspischen Meer (geschätzte Zahlen)

	Gesamtzahl der Arten	Endemische Arten	Fremde Arten	Auf der Roten Liste stehende Arten
Phytoplankton	441	17	6	?
Zooplankton	315	64+	7	10
Zoobenthos	380	190	12	20
Fische	133	54	17	27
Säugetiere	125	1	3	41
Vögel	466	?	?	63

Quelle: http://www.grida.no/graphicslib/detail/biodiversity-in-the-caspian-sea-approximate-numbers_1268

Tabelle 2: Überfischung des Kaspischen Meeres (1990er Jahre)

Jahr	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Stör / t	1.730	1.112	635	573	388	420	590
Störkaviar / t	53,2	40	28,5	19,6	N/A	28	26
Robben (tausend)	12,3	16,2	7,6	9,5	7,8	kein Fang	kein Fang

Quelle: http://www.caspinfo.net/content/content.asp?menu=0120000_000000

Tabelle 3: Vom Aussterben bedrohte Arten in den Kasp-Anliegerstaaten – Anzahl der bedrohten und der aussterbenden Arten gemäß der Einträge in Nationale Rote Listen

	Aserbaidschan	Iran	Kasachstan	Russland	Turkmenistan
Pflanzen	50	k. A.	12	40	8
Insekten	k. A.	k. A.	20	k. A.	k. A.
Amphibien	2	17	0	0	k. A.
Reptilien	3	k. A.	2	8	k. A.
Vögel	41	30	31	45	24
Säugetiere	14	8	5	18	2
Fische	6	3	5	5	4

Quelle: <http://caspien.iwlearn.org/caspian-1/biodiversity-1/rare-species-in-danger-of-extinction>

CHRONIK

Vom 26. Januar bis 22. Februar 2013

Kasachstan

29.1.2013	Ein Passagierflugzeug der kasachstanischen Fluggesellschaft SCAT stürzt nahe Almaty beim wiederholten Landeanflug ab. Alle 21 Insassen an Bord kommen ums Leben.
29.1.2013	Das Außenministerium fordert die turkmenischen Behörden auf, sieben wegen illegalen Grenzüberttritts im Oktober vergangenen Jahres zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilte kasachstanische Staatsbürger zu begnadigen.
29.1.2013	Finanzminister Bolat Schamschijew kündigt an, Ende Juni Eurobonds in Höhe von 1 Mrd. Euro auszugeben, um so das Haushaltsdefizit auszugleichen.
30.1.2013	Die Behörden weisen Pilotenversagen und Treibstoffmangel als Erklärung für den Flugzeugabsturz am Vortag als reine Spekulationen zurück und verweisen auf die Ergebnisse der Untersuchung der Blackbox in einigen Wochen. Präsident Nursultan Nasarbajew erklärt den 31.1.2013 zum nationalen Trauertag.
30.1.2013	Die russische Zeitung Kommersant behauptet, die kasachstanische Regierung plane einen sechsmonatigen Einfuhrstopp für russische Ölprodukte einzuführen.
30.1.2013	Der staatseigene Konzern KazMunaiGaz kauft 24,5 % der Anteile an dem im Kaspischen Meer gelegenen Ölfeld Block N von ConocoPhillips (USA) für einen unbekanntenen Preis und steigert seine Anteile damit auf 75 %.
30.1.2013	In Astana empfängt Verteidigungsminister Adilbek Schaksybekow seinen russischen Amtskollegen Sergej Schoigu im Rahmen einer offiziellen Visite. Beide unterzeichnen ein Abkommen zur Einrichtung eines gemeinsamen regionalen Flugabwehrsystems.
30.1.2013	Präsident Nasarbajew kritisiert im Anschluss an einen Bericht der Generalstaatsanwaltschaft über das Verhalten von Polizeibeamten Innenminister Kalmuchanbet Kasymow für falsche Ausbildungskonzepte und fordert drastische Disziplinarmaßnahmen bei Fehlverhalten im Dienst.
31.1.2013	Während eines Besuchs in Brüssel trifft Außenminister Jerlan Idrissow NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen zu Gesprächen vor allem über die Pläne für den Abzug der alliierten Streitkräfte aus Afghanistan in 2014 und die Frage der weiteren Stabilisierung der Region. In Berlin führt Idrissow Gespräche mit seinem Amtskollegen Guido Westerwelle, Wirtschaftsminister Philipp Rösler u. a.
31.1.2013	In einem Interview mit der Zeitung Wetschernyj Almaty (Abendliches Almaty) beteuert der russische Botschafter, Michail Botscharnikow, Russlands Absicht, weiterhin am Abkommen über die gemeinsame Nutzung des Kosmodroms Baikonur festzuhalten und kündigt die Einrichtung einer zwischenstaatlichen Kommission an, die bestehende Streitpunkte ausräumen soll.
31.1.2013	Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitskomitees nehmen den Leiter des Direktorats für Rüstungsbeschaffung im Verteidigungsministerium, Generalmajor Almas Asenow, wegen Korruptionsverdachts fest.
31.1.2013	Der stellvertretende Direktor des Grenzschutzes, Talgat Jettetow, begeht in seiner Wohnung in Astana Selbstmord. Später tauchen Indizien für Jettetows Beteiligung in einer Korruptionsaffäre auf, welche die unsachgemäße Instandhaltung von Flugzeugen in Kasachstan zur Folge hatte.
1.2.2013	Die seit zweieinhalb Jahren vereinigte Oppositionspartei OSDP-Asat ist wieder in OSDP (Parteichef Dscharmahan Tujakbaj) und Asat (Bulat Abilow) zerfallen, meldet das Informationsportal Respublika.
4.2.2013	Präsident Nasarbajew ordnet die Teilprivatisierung der während der Finanzkrise unter staatliche Aufsicht gestellten BTA Bank, Alliance Bank und Temirbank bis Ende des Jahres an.
4.2.2013	Öl- und Gasminister Sauat Mynbajew bestärkt Kasachstans Absicht, auch weiterhin Ölprodukte aus Russland zu beziehen und weist den Verdacht eines geplanten Importstopps als unbegründet zurück.
6.2.2013	Nach Angaben der Pressestelle der Präsidentschaftsverwaltung vereitelten kasachstanische Sicherheitsbehörden in den Jahren 2011–2012 35 extremistische Aktionen. Im gleichen Zeitraum wurden 18 Attentate verübt, darunter sieben Bombenanschläge.
6.2.2013	Ein Militärgericht lehnt die Berufung des zu lebenslanger Haft verurteilten Wladislaw Tschelach ab, der in erster Instanz der Ermordung von 14 Grenzschützern für schuldig befunden worden war.
6.2.2013	Während eines Besuchs in Spanien kommt Präsident Nasarbajew mit dem spanischen Premierminister Mariano Rajoy zusammen. Beide Seiten loben den Abschluss von Kooperationsabkommen im Justizwesen und die gute Entwicklung der bilateralen Beziehungen.

6.2.2013	Der mit internationalem Haftbefehl gesuchte ehemalige Vorsitzende der Agentur für Statistik, Anar Meschimbajew, wird in Moskau verhaftet. Ihm wird die Unterschlagung für die Finanzierung der Volkszählung 2009 bestimmter Gelder in Höhe von mehr als 70 Mio. US-Dollar vorgeworfen.
6.2.2013	Der Sprecher des Senats, Kairat Mami, kommt bei einem offiziellen Besuch im Vatikan mit Papst Benedikt XVI. zu Gesprächen zusammen.
6.2.2013	Der stellvertretende Premierminister Kairat Kelimbetow kündigt die Einrichtung eines staatlichen Pensionsfonds zum 1.7.2013 an, in den alle bisherigen staatlichen und privaten Pensionsfonds einfließen sollen.
7.2.2013	Der Staatsfonds Samruk-Kazyna erwirbt 29% der Anteile an dem Zinnproduzenten Kazzinc, der mehrheitlich im Besitz des englisch-schweizerischen Investors Glencore ist. Unbestätigten Angaben zufolge zahlte der Fonds 2,1 Mrd. US-Dollar für die Anteile an den vormaligen kasachstanischen Besitzer Verny Capital.
7.2.2013	Umirsak Schukejew, der Direktor des Staatsfonds Samruk-Kazyna, kündigt an, 20 weitere Öl- und Gasfelder zur Erschließung frei zu geben und langfristig 101 Mrd. US-Dollar in die Entwicklung der Industrie in Kasachstan zu investieren.
7.2.2013	RFE/RL berichtet, dass die Redakteurin der verbotenen Zeitung Golos Respubliki zu einer Strafe von 220 US-Dollar wegen Verbotverletzung in Form der Verbreitung einer Zeitung mit dem Titel Ripablik verurteilt worden ist.
8.2.2013	Präsident Nasarbajew kommt in Moskau mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin zusammen. In dem Gespräch geht es um die Auseinandersetzungen um das Kosmodrom Baikonur und den für Herbst geplanten Abschluss eines neuen Freundschaftsvertrags zwischen beiden Ländern.
11.2.2013	Das Landwirtschaftsministerium beschuldigt Österreich des wissentlichen Exports kranken Viehs nach Kasachstan, wo bis zu 700 Tiere nach Ankunft wegen Infektionen geschlachtet werden mussten. Österreich weist die Anschuldigungen zurück.
11.2.2013	Arbeits- und Sozialminister Serik Abdenow gibt die Entscheidung bekannt, die Sozialleistungen für die ärmsten Schichten der Gesellschaft zu erhöhen, um die soziale Ungleichheit zu reduzieren. Die neuen Leistungen sollen an Bedingungen geknüpft werden.
12.2.2013	Der iranische Botschafter in Astana, Gorban Seifi, kündigt die Inbetriebnahme der Eisenbahnstrecke Kasachstan – Turkmenistan – Iran für den Sommer des laufenden Jahres an. Zuletzt hatte Turkmenistan im Dezember seinen Teil der Strecke fertig gestellt.
13.2.2013	Der Chef der kasachstanischen Raumfahrtagentur, Talgat Musabajew, erklärt, dass sich Russland und Kasachstan auf neue Bedingungen für die gemeinsame Nutzung des Kosmodroms Baikonur geeinigt haben und planen, den Abschuss von umweltschädlichen Trägerraketen zu minimieren.
14.2.2013	Central Asia Online berichtet, dass Mitarbeiter des nationalen Sicherheitskomitees am 6.2. im Gebiet Atyrau eine Gruppe von Männern verhaftet haben, die Anschläge auf Polizisten geplant hätten und im Besitz von Schusswaffen und Bomben waren.
14.2.2013	Zwei Mitgliedern des polnischen Parlaments wird der Besuch des inhaftierten Oppositionsführers Wladimir Kossow von der Gefängnisleitung in Petropawlowsk (Gebiet Nordkasachstan) verweigert.
19.2.2013	Verteidigungsminister Adilbek Schaksybekow empfängt in Astana seinen italienischen Amtskollegen Giampaolo Di Paola zu Gesprächen über die militärische Zusammenarbeit.
19.2.2013	Der kasachstanische Beitrag zum Berlinale Filmfestival, Harmony Lessons von Asis Schambakijew, gewinnt einen Silbernen Bären für herausragende künstlerische Leistung.
19.2.2013	Kasachstan und Japan schließen eine Absichtserklärung ab, in der sie sich auf die gemeinsame Entwicklung und den Bau eines ersten Atomkraftwerks in der Republik einigen.
19.2.2013	Jerschan Majamerow wird einstimmig zum neuen Obermufti der Geistlichen Verwaltung der Muslime Kasachstans gewählt.
20.2.2013	Ein Gericht in der Stadt Aktobe verurteilt drei Männer zu Haftstrafen zwischen drei und fünf Jahren. Sie hatten geplant, eine lokale Likörfabrik zu sprengen, weil sie sie als Beleidigung des Islam betrachteten.
21.2.2013	Angaben des nationalen Sicherheitskomitees zufolge gibt es in Kasachstan gegenwärtig 24 salafistische Gruppen mit 495 Mitgliedern.
21.2.2013	Verhandlungen zwischen den streikenden Mitarbeitern und dem Management der Firma LLC Keppel Kazakhstan über Gehaltserhöhungen scheitern. Die Mitarbeiter wollen nach eigenen Angaben ihren Streik fortführen und verlangen eine Erhöhung ihrer Bezüge um 30%.

22.2.2013	Das Industrieministerium veröffentlicht Pläne zum Bau von 34 Kraftwerken, die Strom aus Wind, Wasser und Sonne produzieren sollen.
22.2.2013	Der ehemalige deutsche Innenminister Otto Schily fordert während eines Aufenthalts in Wien die Verhaftung des in Kasachstan juristisch verfolgten Ex-Schwiegersohns von Präsident Nasarbajew, Rachat Alijew, gegen den auch in Österreich Ermittlungen wegen Mord und Geldwäsche laufen.

Kirgistan

27.1.2013	Kyrgyzstan Airlines nimmt den Flugbetrieb zwischen Bischkek und Taschkent nach langer Unterbrechung wieder auf.
28.1.2013	Premierminister Dschantoro Satybaldijew betont vor Vertretern der Weltbank die Gesprächsbereitschaft seiner Regierung gegenüber der kanadischen Centerra Gold Inc.. Wirtschaftsminister Temir Sarijew sagt zum gleichen Thema vor der Presse, dass eine Verstaatlichung der von der Goldabbaugesellschaft ausgebeuteten Kumtormine nicht geplant sei, allerdings fordere man Nachverhandlungen und 5 Mrd. Som (105 Mio. US-Dollar) mehr als im Vertrag von 2009 vereinbart.
28.1.2013	Kabar meldet, dass der von Usbekistan einseitig geschlossene Eisenbahngrenzübergang im Ferganatal wieder geöffnet ist.
28.1.2013	Die Regierung verabschiedet ein Programm zum Kampf gegen den Menschenhandel für die Jahre 2013–2016.
28.1.2013	Ein Erdbeben der Stärke 6,5 auf der Richterskala erschüttert den Osten des Gebiets Issyk-Kul. Mehrere Häuser werden zerstört, Menschen kommen nicht zu Schaden.
29.1.2013	Nach Angaben des Energieministeriums exportierte Kirgistan 2012 1,5 Mrd. kWh Strom und damit nur 57 % der Menge des Vorjahres, davon gingen 1, 27 Mrd. nach Kasachstan, der Rest nach Usbekistan und China.
31.1.2013	In Bischkek wird ein Vertrag über Zusammenarbeit der militärisch-technischen Industrie zwischen dem kirgisischen Industrie- und Energieministerium und dem Dienst für militärische und technische Zusammenarbeit der RF unterzeichnet.
31.1.2013	Das Bildungsministerium teilt mit, dass in diesem Jahr die Hochschulzugangsprüfungen nur noch auf Kirgisisch und Russisch abgelegt werden können und wegen mangelnden Interesses nicht mehr, wie bisher, auch auf Usbekisch.
31.1.2013	Vor dem Parlamentsgebäude setzt sich eine Frau in Brand, um gegen die nach ihrer Meinung ungerechtfertigte Verurteilung ihres Sohnes zu einer Freiheitsstrafe von 13 Jahren im Zusammenhang mit einem Mordfall zu protestieren. Sie erleidet schwere Verbrennungen, befindet sich aber nicht in Lebensgefahr.
1.2.2013	Bei einer Parlamentsitzung wird bekannt, dass ca. 60 % der Rentner des Landes nur die Minimalrente von 4.270 Som (89,5 US-Dollar) erhalten.
2.2.2013	Nach Angaben des Grenzdienstes haben sich die usbekischen und kirgisischen Verantwortlichen über die Wiedereröffnung der wegen der Zusammenstöße in Soch geschlossenen Grenzübergänge geeinigt.
5.2.2013	Außenminister Jerlan Abdylidajew trifft am Rande des Gipfeltreffens der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) in Kairo mit seinen Amtskollegen aus Ägypten, Senegal und Saudi-Arabien zusammen.
5.2.2013	Alle 39 Zeitsoldaten der Truppen des Innenministeriums, die am 3.2. von ihrem Stützpunkt desertiert waren, sind gefunden und wieder dorthin gebracht worden, teilt ein Sprecher des Ministeriums mit.
5.2.2013	An einem Grenzkontrollpunkt zwischen Kirgistan und Tadschikistan im Gebiet Batken kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen ca. 20 Tadschiken, die größere Mengen Alkohol nach Kirgistan schmuggeln wollen und Grenzern, die erst durch Schüsse beendet werden.
6.2.2013	Örtliche Medien melden, dass bereits 260 m Stacheldrahtzaun zur Abgrenzung der usbekischen Enklave Soch von kirgisischem Territorium gezogen wurden.
6.2.2013	Nach Untersuchungsergebnissen des Migrationszentrums der Russischen Akademie der Wissenschaften ist der Anteil weiblicher Arbeitsmigranten aus Kirgistan mit 30–40 % der höchste aller zentralasiatischen Staaten.
6.2.2013	Außenminister Abdylidajew erörtert bei einem Treffen mit seinem kasachstanischen Amtskollegen Jerlan Idrissow am Rande des Treffens der Organisation für islamische Zusammenarbeit in Kairo u. a. die Wiedereröffnung von zwei Grenzübergängen zwischen beiden Staaten.
7.2.2013	Nach Angaben des stellvertretenden Direktors der Nationalbank, Abdybaly tegin Suerkul, hat Kirgistan ca. 3 t Goldreserven bei Schweizer Banken deponiert.
7.2.2013	Der Abgeordnete Tursunbai Bakir uluu erklärt vor dem Parlament, der usbekische Präsident Islam Karimow habe sich schon im Januar bereit erklärt, die Enklave Soch zum Preis von 1,5 – 2 Mrd. US-Dollar an Kirgistan zu verkaufen.

7.2.2013	Das Oberste Gericht entscheidet im Gegensatz zu unteren Instanzen, dass die Einkommen der Abgeordneten nicht veröffentlicht werden müssen. Asamat Adilow, der Anwalt der klageführenden Koalition für Demokratie und Zivilgesellschaft, kündigt weitere Rechtsschritte an.
9.2.2013	In Osch findet, organisiert vom Radiosender Yntymak, erstmals seit den ethnischen Zusammenstößen von 2010 ein öffentliches Popkonzert mit usbekischen und kirgisischen Beteiligten statt.
11.2.2013	Die Nachrichtenagentur KirTAG meldet, dass im Gebiet Dschalalabad zehn Mitglieder einer Bande von Räufern und Viehdieben festgenommen wurden, einige von ihnen sollen der Hizb ut-Tahrir nahestehen.
12.2.2013	Vertreter des Internetproviders ElCat teilen mit, dass das Unternehmen im Sommer 2012 ca. 220 km Glasfaserkabel von Irkeschtam (Gebiet Osch) an der chinesischen Grenze nach Karamyk (Gebiet Batken) an der Grenze zu Tadschikistan verlegt und so eine Internetverbindung zwischen China und Tadschikistan hergestellt und abgelegene kirgisische Orte an das Internet angeschlossen hat.
12.2.2013	Nach Angaben von Wirtschaftsminister Sarijew hat die Kumtor Operating Company seit 2007 260 t Gold gefördert, für 4,86 Mrd. US-Dollar verkauft und damit einen Netto-Gewinn von 1,021 Mrd. US-Dollar gemacht. Kirgistan erhielt nur 489 Mio. US-Dollar Steuern, d.i. ca. 10%. Sarijew fordert daher eine Vertragsrevision.
12.2.2013	Ein Militärgericht in Bischkek verurteilt Ex-Präsident Kurmanbek Bakijew in absentia zu einer 24jährigen Freiheitsstrafe, sein Bruder Dschanyschbek wird ebenfalls in Abwesenheit zu einer lebenslänglichen Strafe verurteilt.
12.2.2013	Nach Angaben des Gesundheitsministeriums sind 2012 158 Personen an AIDS gestorben, darunter acht Kinder. Die Zahl der HIV-Infektionen sei weiter steigend.
13.2.2013	Im Zentrum von Bischkek demonstrieren ca. 3.000 Anhänger der Partei Ata-Meken gegen eine Resolution der Parlamentskommission zur Untersuchung der Plünderungen beim Sturz Kurmanbek Bakijews im April 2010, in der die Beteiligung prominenter Mitglieder ihrer Partei, darunter auch Parteichef Omurbek Tekebajew, an den Vorgängen festgestellt wird.
13.2.2013	Präsident Atambajew unterzeichnet eine Gesetzesänderung, die die Blockade von Straßen durch Demonstranten unter Strafe stellt (30–50 Minimallöhne für Individuen, 500–700 Minimallöhne für organisierte Gruppen).
14.2.2013	KirTAG berichtet, dass in der von Usbekistan blockierten Enklave Barak Medikamente und Lebensmittel knapp würden, Kranke und Schwangere würden nicht herausgelassen.
15.2.2013	Premierminister Satybaldijew und Nationalbankchefin Sina Asankoschojewa unterzeichnen eine Vereinbarung, mit der das für 2013 angestrebte Wirtschaftswachstum auf 7% festgesetzt wird, weitere Ziele sind makroökonomische Stabilisierung und die Einhaltung sozialer Verpflichtungen.
15.2.2013	Dem ehemaligen Ombudsmann für Menschenrechte und Abgeordneten der Partei Ar-Namys, Tursunbai bakir uluu, wird vorgeworfen, einige Tage zuvor bei einer Meinungsverschiedenheit einen Journalisten geschlagen zu haben. Er selbst bestreitet dies, eine anwesende Abgeordnete bestätigt es. Die Staatsanwaltschaft sieht keinen Grund zum Einschreiten.
15.2.2013	Nach Angaben von Freedom House erfüllt das Institut des Ombudsmann in Kirgistan nicht alle Bestimmungen der Pariser Prinzipien, ist aber im Vergleich zu denen der Nachbarländer unabhängig.
18.2.2013	Mirbek Mukanbekow, im Staatskomitee für nationale Sicherheit zuständig für die Haftanstalten Kirgistans, wurde entlassen, meldet RFE/RL. Es wird ein Zusammenhang mit dem Hungerstreik des inhaftierten ehemaligen Bürgermeisters von Bischkek, Nariman Tulejew, vermutet, der seit drei Tagen die Nahrungsaufnahme verweigert und behauptet, ihm sei eine wegen Krebs dringende medizinische Betreuung nur nach Zahlung von 50.000 US-Dollar zugesagt worden.
19.2.2013	Bei einem Treffen mit Wirtschaftsminister Sarijew nennt ADB-Landesdirektorin Rie Hiraoko fünf künftige Förderschwerpunkte der Bank: Verbesserung des Investitionsklimas, Transportinfrastruktur, Energie, Bildung sowie Wasser und Abwasser.
19.2.2013	In der Stadt Dschalalabad werden fünf Männer unter dem Verdacht der Mitgliedschaft bei Hizb ut-Tahrir verhaftet.
20.2.2013	Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums befinden sich auf kirgisischem Territorium drei Gas- und sieben Erdölförderstätten. Die Vorkommen werden auf noch 4,9 Mrd. m ³ Gas und 11,6 Mio. t Öl geschätzt.
20.2.2013	Die Website des Innenministeriums und anderer staatlicher Stellen wurde von usbekischen Hackern geknackt und die Botschaft »Wir sind gegen Rassismus« eingestellt, meldet RFE/RL.
21.2.2013	Das Parlament verabschiedet eine neue Struktur der Regierungsinstitutionen. Neu ist u. a. das Amt eines stellvertretenden Premierministers für Sicherheit und Grenzfragen, das nach Regierungsangaben zur Lösung der bestehenden Grenzkonflikte geschaffen werden musste, weil der usbekische zuständige Minister den Rang eines Premier hat und nur mit einem Gleichgestellten reden will.

21.2.2013	Das Parlament billigt die Ratifizierung des Vertrages mit Russland über den Bau von Kambar-Ata 1 und der Naryn-Kaskade vom 20.9.2012.
21.2.2013	Das Parlament verabschiedet eine Resolution, mit der es der Regierung eine Dreimonatsfrist für eine Nachverhandlung des Kumtor-Vertrages von 2009 gibt und eine Reihe von Verhandlungspunkten definiert. Falls der angestrebte Kompromiss nicht gefunden werden sollte, wird ein Verfahren zur Auflösung des Vertrages gefordert.
21.2.2013	Das Parlament sendet einen Appell an die interparlamentarischen Versammlungen der EurasEC und der GUS sowie die Parlamentarischen Versammlungen der CSTO, OSZE und an den Europarat mit der Bitte um Unterstützung der kirgisischen Auslieferungsanträge für Ex-Präsident Bakijew und seinen Bruder Dschanyschbek an Belarus.
21.2.2013	Nach Schätzungen des Außenministeriums befinden sich derzeit ca. 500.000 Kirgisen als Arbeitsmigranten in Russland, 200.000 in Kasachstan.
21.2.2013	Nach Angaben von RFE/RL stauen sich am Grenzübergang Tschon-Kapka (Gebiet Talas) nach Kasachstan ca. 100 mit Obst beladene LKW, deren Fahrer sich weigern, eine von Kasachstan neu geforderte Gebühr von 15 Tenge (0,1 US-Dollar) pro Kilo zu zahlen.
22.2.2013	Abdyldy Surantschijew wird unerwartet zum neuen Innenminister ernannt. Der 63jährige Generalmajor der Polizei hatte diesen Posten schon einmal während der Amtszeit des ersten Präsidenten Kirgistans, Askar Akajew, inne.
22.2.2013	Die Centerra Gold Inc. erklärt in Reaktion auf die Parlamentsresolution zu Kumtor, dass der Vertrag von 2009 legal zustande gekommen sei, strittige Punkte müssten von einem internationalen Schiedsgericht entschieden werden.

Tadschikistan

28.1.2013	Transportminister Nisom Hakimow teilt vor der Presse mit, dass strittige Fragen über den Transit türkischer und iranischer Güter über usbekisches Territorium nach Tadschikistan gelöst wurden. Das alte Transitabkommen war Ende 2012 ausgelaufen.
28.1.2013	Fergananews.com meldet, dass in den letzten beiden Monaten 15 Anhänger der IMU in verschiedenen Gebieten Tadschikistans verhaftet wurden.
29.1.2013	Scharif Rahimsoda, Minister für wirtschaftliche Entwicklung, erklärt vor der Presse, dass die Armutsrate im Jahr 2012 weiter gesunken sei und bei 38,3% liegt.
30.1.2013	Der tadschikische Dienst von Radio Liberty meldet, dass es in der Nacht vom 28. zum 29.1. zu Schlägereien zwischen Jugendlichen des tadschikischen Dorfes Tschork (Gebiet Sogd) und des kirgisischen Dorfes Kok-Tasch (Gebiet Batken) gekommen ist. Beide Ortschaften befinden sich in der Nähe der usbekischen Enklave Soch.
4.2.2013	Fergana.ru meldet, dass der Weiterbetrieb des Wasserkraftwerkes Sangtuda 1 wegen finanzieller Schwierigkeiten gefährdet sei. Der tadschikische Staat in Form der Energiegesellschaft Barki Tojik sei mit 66 Mio. US-Dollar im Zahlungsrückstand.
6.2.2013	Auf Ersuchen tadschikischer Behörden wird Abdumalik Abdullodschonow wegen des Vorwurfs 1998 an der Organisation eines Aufstandes in Chudschand beteiligt gewesen zu sein auf dem Flughafen von Kiew verhaftet. Der ehemalige Premier (1992/93) hatte 1994 Tadschikistan verlassen und lebt in den USA.
6.2.2013	Die russische Nesawisimaja Gaseta meldet, dass die tadschikische Führung neue Bedingungen für die Ratifizierung des Abkommens über die Stationierung russischer Truppen in Tadschikistan stelle, um die russische Seite so zur Abschreibung tadschikischer Energieschulden in Höhe von 66 Mio. US-Dollar zu bewegen.
6.2.2013	Energieminister Scherali Gul und sein russischer Amtskollege Aleksandr Nowak unterzeichnen in Moskau eine Vereinbarung über die zollfreie Lieferung russischer Ölprodukte nach Tadschikistan.
6.2.2013	Die Weltbank gibt Tadschikistan einen 46 Mio. US-Dollar Kredit für ein Beschäftigungsprojekt im Bereich der nachhaltigen Landwirtschaft und Wassernutzung.
6.2.2013	Die Nachrichtenagentur Avesta meldet, dass am Vortag der acht millionste tadschikische Staatsbürger geboren sei.
7.2.2013	Aus dem Außenministerium verlautet, dass die Verhandlungen über Gaslieferungen aus Usbekistan nach wie vor zu keinem Ergebnis geführt hätten. Usbekistan hatte seine Lieferungen zum Jahresende eingestellt.
7.2.2013	Ein Gericht im ukrainischen Borispol gibt dem Antrag der Staatsanwaltschaft statt, den ehemaligen tadschikischen Premierminister Abdullodschonow für 40 Tage in Untersuchungshaft zu nehmen. Menschenrechtler fordern, ihn nicht an Tadschikistan auszuliefern, weil dort sein Leben bedroht sei.
8.2.2013	In Moskau wird ein Abkommen über die Aufenthaltsregeln für tadschikische Arbeitsmigranten von Vertretern beider Migrationsdienste unterzeichnet.

10.2.2013	Der Besuch des stellvertretenden russischen Premiers Igor Schuwalow und die damit verbundene turnusmäßige Sitzung der Zwischenregierungscommission am 12.2. werden von russischer Seite ohne Angabe von Gründen kurzfristig abgesagt.
10.2.2013	Im Autonomen Gebiet Berg-Badachschan (GBAO) findet im Grenzbereich zu Afghanistan eine Spezialoperation gegen bewaffnete Drogenschmuggler aus dem Nachbarland statt, ein Verdächtiger wird erschossen, zwei weitere können auf afghanisches Territorium entkommen.
11.2.2013	Außenminister Zarifi nimmt im UNESCO-Hauptquartier in Paris an der Eröffnung des Internationalen Jahrs der Wasserkooperation teil. In diesem Zusammenhang trifft er auch mit UNESCO-Generaldirektorin Irina Bokowa zusammen.
11.2.2013	Präsident Rachmon empfängt die EU-Sonderbeauftragte für Zentralasien, Patricia Flor, zu Gesprächen über verschiedenste Themen der Zusammenarbeit.
12.2.2013	Laut einem Bericht von RFE/RL haben ca. 80 % der Bewohner des Gebietes Chatlon keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.
12.2.2013	Der Gouverneur von Berg-Badachschan (GBAO), Kodiri Kosim, erklärt vor der Presse, dass das Vorgehen des Militärs in Chorog im Sommer 2012 noch lange die soziopolitische Situation in GBAO belasten werde.
12.2.2013	RFE/RL meldet, dass ein Gericht in Duschanbe einen Ermittler wegen Fahrlässigkeit mit Todesfolge zu zwei Jahren Haft verurteilt hat. Ein von ihm verhörter Dieb war 2011 schwerverletzt in ein Krankenhaus eingeliefert worden und verstorben.
19.2.2013	Präsident Rachmon empfängt den Weltbank Regionaldirektor für Zentralasien, Saroj Kumar Jha, zu Gesprächen über die Machbarkeitsstudie bezüglich des Baus des Wasserkraftwerkes von Rogun, aber auch die Situation im Bildungs- und Gesundheitsbereich und in der Landwirtschaft. Die Weltbank fördert in Tadschikistan zurzeit 15 Projekte mit 252,8 Mio. US-Dollar.
19.2.2013	Der ehemalige Pressesekretär der Vertretung des tadschikischen Migrationsdienstes und jetzige unabhängige Politologe Bachtijor Sattori wird am späten Abend in Moskau auf der Straße überfallen und durch fast zwanzig Messerstiche schwer verletzt.
20.2.2013	In Chorog (GBAO) beginnt der Prozess gegen Okil Ajembekow und Chamsa Muratow wegen der Ermordung des örtlichen Chefs der Staatssicherheit, General Abdullo Nasarow. Der Mordfall im Juli 2012 war Auslöser einer militärischen Großaktion gegen Chorog gewesen.
20.2.2013	Präsident Rachmon empfängt US Assistant Secretary of State for South and Central Asia, Robert Blake, zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit. Nach dem Treffen sagt Blake vor der Presse, dass Washington nicht plane, seine Truppen aus Afghanistan über tadschikisches Territorium abzuziehen.
21.2.2013	Die Nachrichtenagentur Avesta meldet, dass wegen Energiemangel seit Jahresbeginn eine ganze Reihe von Industrieunternehmen nicht arbeiten können, darunter auch die staatliche Zementfabrik Tojkzement.
22.2.2013	Ein Sprecher des Innenministeriums erklärt Tadschikistans Bereitschaft, alle Anfragen über den Transport von Militärgütern der ISAF-Truppen aus Afghanistan positiv zu erwägen. Bislang gebe es nur Gespräche mit den Briten.

Turkmenistan

27.1.2013	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow ernennt Begmurat Muchamedow zum neuen stellvertretenden Justizminister und Arslan Tschopanow zum neuen stellvertretenden Innenminister.
28.1.2013	Offizielle Stellen teilen mit, dass der staatliche Energiekonzern Turkmenogas mehrere internationale Firmen, darunter Halliburton Eurasia Ltd. (Zypern), Western Atlas International Inc. (USA), Weatherford Oil Tool M.E. Ltd. (British Virgin Islands), für die gemeinsame Erschließung des gigantischen Gasfelds Galkynysch als Partner gewonnen hat.
28.1.2013	Präsident Berdymuchammedow ernennt die sechs Vizepremierminister der Regierung zu Sonderbeauftragten für die Welajate (Gebiete) des Landes.
30.1.2013	Präsident Berdymuchammedow empfängt den ukrainischen Vizepremierminister Jurij Boiko zu Gesprächen im Rahmen der gemeinsamen Regierungscommission zu Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.
30.1.2013	In Aschchabad findet die Grundsteinlegung für den neuen internationalen Flughafen statt.
2.2.2013	Präsident Berdymuchammedow unterschreibt ein Dekret zur Konstruktion eines Öllagers an der turkmenisch-afghanischen Grenze im Gebiet Lebap. Die Fertigstellung des Lagers, das vorrangig dem Export von Öl dienen soll, ist für Februar 2015 geplant.

4.2.2013	Der chinesische Eisenbahnhersteller CSR Corp. Ltd. gewinnt den Zuschlag für die Lieferung von 154 Passagierwaggons an die turkmenische Eisenbahn im Wert von 56 Mio. US-Dollar.
4.2.2013	Human Rights Watch verweist in seinem jährlichen Bericht zur Lage der Menschenrechte auf die unveränderte Situation in Turkmenistan, und kritisiert scharf die Praxis der Zwangseinweisung von Kritikern in psychiatrische Anstalten.
5.2.2013	Staatliche Medien berichten, dass bei den anstehenden Parlamentswahlen in diesem Jahr neben der Demokratischen Partei Turkmenistans auch die erst kürzlich gegründete Partei der Handwerker und Unternehmer teilnehmen wird.
6.2.2013	Der aserbaidjanische Industrie- und Energieminister Natik Alijew erklärt, Aschchabad verzögere die Verabschiedung eines Regierungsabkommens über die Zusammenarbeit beider Staaten beim Bau einer Gaspipeline durch das Kaspische Meer.
6.2.2013	Der russische Tankerhersteller MNP Global teilt mit, sich bei Gesprächen in Aschchabad mit Regierungsvertretern auf den Bau zweier Öltanker geeinigt zu haben, die 2013 und 2014 ausgeliefert werden sollen.
6.2.2013	Präsident Berdymuchammedow empfängt den russischen Vizepremier Arkadij Dworkowitsch zu Gesprächen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder.
6.2.2013	Nach Angaben staatlicher Medien sollen am 9.3. erstmals im Rahmen der neuen Pläne über Privatisierung staatlichen Eigentums ein Kaufhaus, eine Konservenfabrik und eine Kette von Autoreparaturwerkstätten in Aschchabad Investoren aus dem In- und Ausland angeboten werden.
11.2.2013	24 Mitglieder des Europäischen Parlaments überreichen den turkmenischen Behörden einen Aufruf zur Freilassung der politischen Häftlinge Gulgeldy Annanijasow, Maksat Kakabajew und Murad Owesow.
12.2.2013	Präsident Berdymuchammedow empfängt den ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch zu einem dreitägigen offiziellen Besuch. Bei den Gesprächen einigen sich beide Seiten auf eine Wiederaufnahme turkmenischer Gaslieferungen an die Ukraine und gemeinsame Projekte im Bausektor. Außerdem erklären sie ihre Absicht, Afghanistan beim Wiederaufbau finanziell zu unterstützen.
13.2.2013	Präsident Berdymuchammedow ernennt Merettagan Taganow zum neuen stellvertretenden Justizminister.
13.2.2013	Die in London ansässige Baufirma Arup Group erhält den Auftrag, den Olympiastadionkomplex in der Hauptstadt Aschchabad zu errichten.
16.2.2013	Präsident Berdymuchammedow empfängt in Aschchabad das Staatsoberhaupt der VAE, Scheich Chalifa bin Zayid Al Nahyan, zu einem offiziellen Besuch.
17.2.2013	RFE/RL berichtet, dass die beiden Menschenrechtsaktivisten Sapardurdy Chadschijew und Annakurban Amanklytschew nach sechs Jahren aus der Haft entlassen worden sind.
17.2.2013	Präsident Berdymuchammedow unterzeichnet anlässlich des Tages der Landesflagge eine Amnestie. Chronika Turkmenistana berichtet anschließend, dass bis zu 130 Häftlinge frei kommen.
19.2.2013	Die sieben kasachstanischen Staatsbürger, die im November 2012 beim illegalen Grenzübergang festgenommen worden waren, werden aus der Haft entlassen.
20.2.2013	Die türkische Firma Polimeks nimmt im Gebiet Lebap eine für mehr als 240 Mio. US-Dollar errichtete Zementfabrik in Betrieb.
20.2.2013	Präsident Berdymuchammedow entlässt den Direktor der Staatlichen Agentur für Pferdewirtschaft, Allanur Orasnasarow, wegen Versagens im Amt und ordnet eine strafrechtliche Untersuchung wegen des Verdachts der Unterschlagung an.
21.2.2013	Präsident Berdymuchammedow empfängt den Industrieminister Saudi-Arabiens, Taoufiq ben Fawzan Al-Rabiah, zu Gesprächen über die bilateralen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen.

Usbekistan

26.1.2013	Das Stadtoberrhaupt von Samarkand, Akbar Schukurow, und der Gouverneur der italienischen Provinz Florenz, Andrea Barducci, unterzeichnen ein Städtepartnerschaftsabkommen.
28.1.2013	Die staatliche Luftfahrtgesellschaft Uzbek Havo Yollari gibt bekannt, dass sie 2012 2,65 Mio. Passagiere transportiert hat, d.i. eine Steigerung von 14 % gegenüber dem Vorjahr.
30.1.2013	Die Nationalbank gibt bekannt, dass ab 1.2. Privatpersonen Valuta nicht mehr real, sondern nur noch durch Transfer von einem nationalen auf ein internationales Online-Konto erwerben können, von dem Geld nur im Ausland abgehoben werden darf. Firmen sind von der Neuerung nicht betroffen.

30.1.2013	Anlässlich des 75. Geburtstages Präsident Islam Karimows gratuliert der russische Präsident Wladimir Putin und wiederholt eine Einladung nach Moskau.
30.1.2013	Die Website der nationalen Radio- und Fernsehgesellschaft wird Opfer eines Hackerangriffs. Für kurze Zeit erscheint die Botschaft: »Die hier verbreiteten Nachrichten sind Lügen«, danach ist die Seite gesperrt.
31.1.2013	In Stockholm erklärt der Generaldirektor der Telekommunikationsgesellschaft TeliaSonera, Lars Nyberg, seinen Rücktritt nachdem eine von der Gesellschaft beauftragte Kanzlei auf einer Pressekonferenz bekanntgegeben hatte, dass ihre Untersuchungen den Vorwurf der Zahlung von 2,2 Mrd. Kronen als Bestechungssumme für den Erhalt einer Sendelizenz für Usbekistan bestätigt hätten.
1.2.2013	Menschenrechtler melden, dass Ende Januar in der Stadt Syr-Darja (Gebiet Syr-Darja) ein des Diebstahls beschuldigter 16jähriger zu Tode gefoltert wurde.
6.2.2013	Die Nationalbibliothek und UNDP unterzeichnen eine Vereinbarung über Zusammenarbeit, vor allem sollen Mitarbeiter geschult und ein benutzerfreundlicher Bibliotheksdienst eingerichtet werden.
7.2.2013	Direktoren und Manager mehrerer Banken wurden wegen illegaler Valutageschäfte nach dem 1.2. verhaftet, teilt die Polizei mit.
8.2.2013	Der Direktor der Pädagogischen Universität von Taschkent, Ulugbek Inojatow, wird zum neuen Minister für Volksbildung ernannt.
8.2.2013	RIA Novosti meldet, dass in Usbekistan Online-Käufe per Kreditkarte nicht mehr möglich sind.
9.2.2013	Uznews.net meldet unter Berufung auf die Times, dass der britische Verteidigungsminister Philip Hammond mit Usbekistan Transitrechte im Austausch gegen Militärgüter aus Afghanistan vereinbart habe. Genauere Angaben wurden nicht gemacht, nach Aussagen des Ministers handele es sich um ein für beide Seiten ökonomisch vorteilhaftes Geschäft.
10.2.2013	In der Nacht brennt ein Gebäude mit knapp 100 Verkaufsständen auf dem wichtigsten Basar von Taschkent ab. Der Schaden soll sich auf mindestens 100.000 US-Dollar belaufen.
11.2.2013	Der russische Zoll meldet, dass der Außenhandelsumsatz zwischen der RF und Usbekistan 2012 3,714 Mrd. US-Dollar betragen habe, davon 2,325 Mrd. US-Dollar russische Exporte nach Usbekistan, Usbekistan führte Waren im Wert von 1,389 Mrd. US-Dollar nach Russland aus.
11.2.2013	Präsident Karimow ernennt Atabek Musajew zum neuen stellvertretenden Minister für Kultur und Sport.
12.2.2013	Nach Angaben der russischen Nachrichtenagentur Interfax wurden in Usbekistan in letzter Zeit mehr als 7.300 Mitarbeiter staatlicher Behörden und des Wirtschaftsmanagements entlassen. Mit diesem Personalabbau um 12% folgt man einer Resolution des Präsidenten zur Optimierung der Personalsituation.
12.2.2013	Die Industrie- und Handelskammer Usbekistans betont in ihrer Bilanz für 2012, dass insbesondere der Anteil von Kleinunternehmen in der Wirtschaft des Landes steigend ist (54,6%). Die Exporte sind um 11,6% gestiegen.
13.2.2013	Nach dem Inkrafttreten der Devisenbeschränkungen am 1.2. durchläuft der Schwarzmarktkurs des Dollars heftige Schwankungen, nachdem er zunächst stark gefallen war, steigt er nun wieder an.
13.2.2013	Die BBC meldet, dass nach den Worten von Verteidigungsminister Philip Hammond der Abzug der britischen ISAF Truppen über usbekisches Territorium mit der Überlassung von Militärtechnik und Ersatzteilen im Wert von 700.000 US-Dollar abgegolten werde.
13.2.2013	Vertreter der US-amerikanischen und britischen Botschaft treffen sich in Dschissak mit dem verurteilten Menschenrechtler Uktam Pardajew und Gesinnungsfreunden.
13.2.2013	Mehrere Fernsehsendungen wie auch islamische Würdenträger warnen vor Feiern anlässlich des Valentinstages am 14.2., weil er Religion und Tradition untergrabe und Promiskuität fördere.
14.2.2013	Der usbekische Menschenrechtler Bachtijor Chamrajew wird auf der Short list für eine Auszeichnung als Front Line Defender 2013 geführt. Mit der 2005 gegründeten Auszeichnung von 15.000 Euro werden Menschenrechtler auf der ganzen Welt ausgezeichnet, die auch unter Gefährdung des eigenen Lebens für eine gerechtere Gesellschaft eintreten.
14.2.2013	Der Vorstand der Islamic Development Bank verabschiedet einen Kredit von 436 Mio. US-Dollar für eine effiziente Außenbeleuchtung des Stadtzentrums von Taschkent.
15.2.2013	Uzdaily.com meldet, dass das Taschkenter und das Samarkander Institut für Architektur und Bau gemeinsam mit vier deutschen Universitäten ein usbekisch-deutsches Zentrum eröffnet haben, an dem Studenten aus Usbekistan und Deutschland insbesondere in Rekonstruktion und Denkmalschutz ausgebildet werden sollen.
17.2.2013	In Taschkent wird die 91jährige Tochter des berühmten Dschaddisten-Führers, Dichters, Journalisten und Dramaturgen Abdulla Awlonij, Chakima Awlonij, ermordet. Über die genaueren Umstände ist nichts bekannt.

18.2.2013	Die in Paris ansässige Menschenrechtsorganisation Menschenrechte in Zentralasien fordert die britische, US-amerikanische und deutsche Regierung auf, während des Rückzugs ihrer Truppen aus Afghanistan keine Waffen an Usbekistan abzugeben.
18.2.2013	Auf den zur kasachstanischen Grenze führenden Straßen im Gebiet Taschkent werden Passagiere auf Arbeitspapiere für das Ausland überprüft und bei ihrem Fehlen zurückgeschickt.
18.2.2013	Die DW meldet, dass der Handel zwischen Usbekistan und Deutschland seit 2010 fortlaufend sinkt, Ursache sei das schwierige Investitionsklima in Usbekistan.
19.2.2013	Eine Gruppe von Mitgliedern des Unterkomitees für Europa und Eurasien des US-Repräsentantenhauses unter Leitung ihrer Vorsitzenden, Dana Rohrabacher, führt im Außenministerium Gespräche über die bilateralen Beziehungen.
19.2.2013	Die Polizei warnt nach einem Anstieg von räuberischen Überfällen in Taschkent vor nächtlichen Spaziergängen in Einsamkeit und bringt das Phänomen mit der Amnestie von 2.000 Straftätern in Zusammenhang.
19.2.2013	Im Gebiet Moskau nehmen russische Polizisten in einer gemeinsamen Aktion mit Mitarbeitern des usbekischen Innenministeriums zwei des Terrorismus verdächtige usbekische Staatsbürger fest, die wegen terroristischer Vergehen in Usbekistan zur internationalen Fahndung ausgeschrieben waren.
20.2.2013	Nach Angaben des staatlichen Komitees für Statistik betrug die Zahl der Bürger Usbekistans am 1.1.2013 29.994.600 Menschen, das ist gegenüber dem 1.1.2012 eine Steigerung um 1,5 %. 51,1 % der Menschen leben in der Stadt.
20.2.2013	Am Abend wird in der Stadt Balaschichi (Gebiet Moskau) ein 33-jähriger Usbeke ermordet aufgefunden. Ein Tatverdächtiger wird verhaftet.
21.2.2013	Nach Angaben des staatlichen Komitees für Statistik wuchs die Industrieproduktion in Usbekistan 2012 um 7,7 %, das Wachstum in der Lebensmittelproduktion lag bei 8,4 %.
21.2.2013	Laut FergananeWS.com wurden die Kontrollen und Restriktionen für Usbeken, die zur Arbeit nach Kasachstan ausreisen wollen, wieder eingestellt.
21.3.2013	Farchod Umarchodschajew wird zum neuen Chef der im Oktober 2012 neu geschaffenen Staatsinspektion für die Kontrolle von Kommunikation, Information und Telekommunikationstechnologien ernannt.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Zentralasien-Analysen werden vom Verband der Deutschen Wirtschaft in der Republik Kasachstan und von der GIZ unterstützt.



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortliche Redakteurin: Beate Eschment

Redaktionsassistenten: Alexander Wolters

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Zentralasien-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1866-2110 © 2013 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de